

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf. Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf. Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 51.

Berlin, Mittwoch, 26. Juni 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Probleme des Arbeitsrechts. — Nach Beendigung des Königsberger Straßenbahnerstreiks. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Probleme des Arbeitsrechts.*)

Unter diesem Titel hat Potthoff ein Buch erscheinen lassen, das gerade in den Kreisen der Gewerksvereine die eingehendste Beachtung verdient und in seiner Gewerksvereinsbibliothek fehlen sollte. Denn es enthält nichts anderes als die ausführliche Entwicklung und Begründung der Revolution des 17. Verbandstages der Deutschen Gewerksvereine, die bekanntlich wie folgt gelautet hat:

„Die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus dem Gewaltverhältnis, das es heute ist, in ein reines Rechtsverhältnis stellt das wichtigste Prinzip für die gesamte Tätigkeit der Gewerksvereine dar.“

Im Potthoffschen Buche finden wir nun zunächst kurz die Entwicklung des heutigen Arbeitsrechts, den Inhalt der jetzt geltenden Gesetze und sodann die Darlegung der einzelnen „Probleme des Arbeitsrechts“, insbesondere der Arbeitsbeendigung, der Arbeitsverfassung, des Arbeitskampfes, des Arbeitsvertrags und der Arbeitsbeschränkung. Potthoff will dabei soziale Rechte darstellen, und sozial ist für ihn „das Vorrecht des lebenden Menschen vor allen Gütern und Einrichtungen dieser Erde. Sozial ist das Recht nur, wenn es die Persönlichkeit des Menschen, des Staatsbürgers, höher wertet als Sachgüter, als Vermögensinteressen, als irgendwelche Institutionen (S. 60).“ Und er erklärt am Schluss des Wertes, daß er seine Darlegungen nicht besser schließen könne als mit der vollständigen Wiedergabe des Programms, das Stadtrat Flesch, — dem er sein Buch gewidmet hat — in seinem Vortrag vor dem Verband Deutscher Gewerksvereine im August 1910 entwickelt hat,**) eines Programms, das in allen Einzelheiten mit erprobten und anerkannten Einrichtungen übereinstimme, in seiner Gesamtheit aber eine Zukunftsaufgabe darstelle, die wohl noch ein Menschenalter lang die innere Politik Deutschlands beschäftigen oder beherrschen werde.

Die Gewerksvereine, die sich ja auf den Boden dieses Programms gestellt haben, werden das Buch hiernach als eine ausführliche Begründung und Erörterung ihrer eigenen Absichten auffassen können, und sie finden in dem Buch, gewissermaßen als Illustrationen zu den einzelnen Kapiteln, eine Fülle von Materialien über die auswärtige Gesetzgebung, z. B. bezüglich der Arbeitskammern, der Tarifverträge, des Schieds- und Einigungsverfahrens, und über die bisherige Arbeit der im Gebiete des Arbeitsrechts vorwiegend tätigen Männer (Programm Einzelsheimer über die Tarifverträge, Gesetzentwurf Böbling über den Akkordvertrag, die Zeitschiffung in Jena, den Potthoffschen Antrag über die Befugnisse der Arbeitskammern als Einigungsämter usw.). So ist das Buch eine ungemessen nützliche Zusammenstellung dessen, was heute auf dem Boden des heutigen Rechts und der heutigen Wirtschaftsordnung geleistet werden könnte, und dessen, was demgemäß heute, auf dem Boden des heutigen Rechts und der heutigen Wirtschaftsordnung, auch gefordert werden muß.

*) Rechtspolitische Betrachtungen eines Volkswirtes. Von Einz Potthoff. Verlegt bei Eugen Diederichs, Jena 1911.

***) Der Vortrag ist im Verlag des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine erschienen: „Reform des Arbeitsrechts“, Berlin 1910.

Dadurch wird aber zugleich gezeigt, wie unrichtig es ist, wenn die Sozialdemokratie den Anspruch erhebt, daß ihr Programm und nur ihr Programm eine ernsthafte Vertretung der Arbeiterinteressen ermögele. Im Gegenteil — und auch das ist für die Agitation der Gewerksvereine von ungeheurer Wichtigkeit — was das Wesentliche des sozialdemokratischen Programms ausmacht, der berühmte erste Teil des Erörterungsprogramms, hat mit den positiven Forderungen des zweiten Teils nicht das geringste zu tun. Im ersten Teil wird die Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum gepredigt und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Im zweiten Teil werden die gut demokratischen Forderungen entwickelt, die mit dieser ganzen „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, — wie das Potthoffsche Buch und das von Flesch aufgestellte Programm zeigen — nicht das geringste zu tun haben. Kasse und Marg trauften wohl, warum sie die Arbeiter im Glauben an jene, im wesentlichen dem alten Manifest der kommunistischen Partei entnommenen Prophezeiungen erziehen wollten; und das Programm hat auch, indem es den Glauben erzeugt, als ob die Interessen der Arbeiter von denen aller anderen Parteien grundverschieden seien, viel dazu beigetragen, daß die Dreimilionenpartei entstanden ist: daß sich die unheilvolle Meinung unter den sozialdemokratischen Arbeitern gebildet hat, als ob die gesamten Bürgerlichen keine Arbeiter seien, und sie, die Arbeiter, ein allen bürgerlichen Parteien feindlich gegenüberstehendes Kriegerheer sein müßten. Einen Zweck an sich, d. h. eine praktische Bedeutung für die politische Arbeit, für die Förderung der Interessen der Schwächeren und der Unvermögenden, zu denen die Arbeiter, aber auch der gesamte sog. Mittelstand gehören, hat es deshalb nicht.

In einem seiner bedeutendsten Dramen (Herodes und Marianne) schildert Hebbel, wie Herodes die Juden aus ihrer Vereinsamung unter den Wölfen herauszolen wollte:

„Was Moses bloß gebot, um vor dem Rückfall zu seinen Kälberdienst dies Volk zu schützen, Befolgt dies Volk, als hätte' es einen Zweck an sich und gleicht

Dem Kranken, der nach der Genesung noch Das Mittel, das ihn heilte, fortgebraucht, Als wären Arznei und Nahrung eins.“

Von der modernen Sozialdemokratie kann man das Gleiche sagen. Ihre Führer — weniger die Priester als die Pfaffen des sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses — suchen ihre Gläubigen künstlich in der Isolierung zu halten und benützen dazu die alte Prophezeiung von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, „als wären Arznei und Nahrung eins“. Das Potthoffsche Buch dagegen enthält fröhliche Nahrung für diejenigen, die keine Arznei mehr brauchen, weil sie erkannt haben, daß das richtig ist, wovon selbst Kasse bei seiner Agitation ausging, „daß Arbeiter wir alle sind, insofern wir nur den Willen haben, uns in irgend einer Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen“. Wer die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft annimmt, der stößt nicht einen die Gesellschaft haltenden und trennenden Schrei aus, sondern einen Schrei des Ausgleichs aller Gegenläge, einen Schrei der Einigung. Das Potthoffsche Werk zeigt, wie die Idee des Arbeiterstandes die leitende sein kann bei der Durchforschung des gesamten Gebiets der menschlichen Arbeit. Und das Programm Flesch, das die Gewerksvereine angenommen haben, führt sinnfällig

vor Augen, daß auf diese Art wirklich eine Milde rung des Gegenlages, der heute unter Volk herrscht, des Gegenlages zwischen übermächtig Starken und Schwachen, zwischen Vermögenden und Unvermögenden, geschaffen werden kann.

Die starken und vielvermögenden Leute, aus welchen die konservativen Parteien bestehen, und welche in der nationalliberalen Partei — und auch in der Zentrumsparlei — die Herrschaft zu erlangen suchen, mögen hiermit nicht zufrieden sein. Und die Herren, welche den Sozialdemokraten ein zureden wünschen, daß es außerhalb des Marxismus keine Demokratie gebe, ebensovienig. Aber die Potthoffsche Schrift weist überzeugend nach, daß die Reform des Arbeitsvertrags im Sinne der Gewerksvereine allen „Schwachen“, d. h. allen gering Bemittelten und geringer Vermögenden nützen würde, einerlei welches ihre Stellung im Arbeitsvertrage ist, und daß diese Reform deshalb zu einer Einigung aller „Unvermögenden“ gegen die „Uebervermögenden“ führen könnte. Die Männer und Parteien, die dies erkannt haben, sollten dafür sorgen, daß die Parteiprogramme dieser Erkenntnis klaren Ausdruck geben!

Nach der Beendigung des Königsberger Straßenbahnerstreiks.

Für den „zielbewußten“ Transportarbeiterverband ist der Verlauf und das Ende dieses Streiks wenig schmeichelhaft. Der Direktor der Elektrizitätswerke und Straßenbahn Königsberg, Aktien-Gesellschaft, Dr. Krieger, ein Mann, der den Arbeitern und ihren Organisationen freundlich gesonnen ist, übt in einer Zuschrift an die „Königsberger Hartungische Zeitung“ eine scharfe Kritik an der Streikleitung, die sowohl von dieser, als auch allgemein erwogen zu werden verdient.

Der Streik der Straßenbahner ist beendet. Leider ist die Verluftgiffer auf beiden Seiten eine große. Auf seiten der Verwaltung ein unendlicher Aufwand an Mühe und Arbeit unter Zurückstellung aller der dringenden Arbeiten, die für die Erweiterung der Betriebe des Elektrizitätswerkes und der Straßenbahn erforderlich sind, ganz abgesehen von den großen Kosten, die wahrlich besser zur Ausgestaltung der Betriebe und zum Wohle der Arbeiter hätten verwendet werden können. Auf der anderen Seite werden mehr als 200 Familien zunächst brotlos, weil während des Streiks durch die Neuorganisation Aspiranten in großer Zahl eingestellt sind, die nicht zur Entlassung kommen.

Wenn ich in diesem Kampfe, auf der anderen Seite der Barrikade stehend, vollaus damit beschäftigt war, den gestörten Betrieb wieder herzustellen, so hatte ich mir doch während des Kampfes genug Objektivität zu bewahren gesucht, um die einzelnen Mafnahmen als politisch sozial interessierter Mann zu betrachten. Es mag nützlich sein, diese Betrachtungen in kurzem darzulegen.

Nach meiner Kenntnis der Geschichte der größten Streiks ist wohl noch nie eine Lohnbewegung in so leichtfertiger Weise begonnen, zur Ausführung gebracht und mit solchem Leichtsinne, solcher Gefesge-unklunde, solchen taktischen Fehlern und so verworrenen Mitteln durchzuführen versucht, wie der Königsberger Straßenbahnerstreik. Leichtfertig insofern, als auf der Seite des Transportarbeiterverbandes, der für alles, was ich ausführen werde, einzig und allein nach meiner Ueberzeugung und nach meiner Beobachtung die Verantwortung trägt, eine geradezu findstache Unterschätzung der Organisationskraft des Gegners vorhergesagt. Wenn jetzt in der „Vollstreckung“ behauptet wird, es bestände ein Ring der Straßenbahn-Direktoren, dessen Kraft ausprobiert werden sollte, so ist das gänzlich unzutreffend. Ein solcher Ring besteht nicht, kann aber nach den Erfahrungen, die wir hier gemacht haben, sehr leicht zur Entwicklung kommen. Vor dem Streiktag waren

keinerlei Vorbereitungen getroffen: die Verwaltung war nach dem Ausgang der Verhandlungen in der Nacht vom 17. zum 18. Mai noch immer der Ueberzeugung, daß es zum Streik nicht kommen würde, weil ja im Grunde über die Lohnverhältnisse und über die sonstigen Streitpunkte eine ernstliche Differenz nicht bestand. Am Morgen des 18. Mai früh 4 Uhr erschienen die Straßenbahner nicht im Depot; bis 8 Uhr waren bereits telegraphisch und telephonisch Verbindungen mit einer großen Zahl Straßenbahnverwaltungen in Deutschland angeknüpft, waren bereits zehn Wagen mit Kontrollleuten und sachkundigen Beamten ausgerüstet und zur Abfahrt bereit. Am Sonntag, den 19. Mai, erschienen die ersten Hilfskräfte der anderen Straßenbahnverwaltungen. Am Montag, den 20. Mai, begannen die Neueinstellungen von Aspiranten, zu deren Annahme die Bureaus fortgesetzt in der Stadt gemacht werden mußten, um die arbeitswilligen Keullinge vor der Abhaltung durch Streikposten zu bewahren. Die Verhandlungsleitung hatte in ihrer nicht zu verhehlenden Verleumdung geglaubt, daß die Verwaltung vollständig ratlos dastehen würde, und in längstens drei Tagen zum Kadgeben werde gezwungen sein. Es ist selbstverständlich, aber von der Verhandlungsleitung auch gänzlich übersehen, daß die Königsberger Erfahrungen nunmehr allen anderen Straßenbahnerstreik für die Verwaltungen jeden Schreden verloren hat.

Unverantwortlich war es, daß die Verhandlungsleitung die Streikenden nicht darüber aufgeklärt hat, daß sie die der Verwaltung gehörenden Uniformen, Habschäftbestände und Gelder abliefern müßten, weil sie sich sonst der Unterjochung schuldig machen. Man weiß nicht, was größer dabei ist, die Unkenntnis der Gelehrten oder die Leichtfertigkeit, mit der die Abgabe ihres Eigentums der Verwaltung verweigert wurde. Hatte die Verhandlungsleitung denn wirklich keine Ahnung davon, welcher Gefahr die Streikenden entgegenstehen? Wenn die Verhandlungsleitung jetzt jede Verantwortung damit abliehen will, daß sie behauptet, sie hätte den Straßenbahner die Frage, ob sie streifen wollen, vorgelegt und durch geheime Abstimmung entscheiden lassen, und wenn sie das selbe bezüglich der Rückgabe der Uniformen und des Geldes behauptet, so kann dieser Einwand von einem jeden, der in größeren Versammlungen mit Erfolg gesprochen hat, nicht ernst genommen werden. Die Verhandlungsleitung versteckt sich damit hinter die Streikenden und will ihnen die Verantwortung aufheben, was nicht scharf genug beurteilt werden kann. Größere Massen stimmen nicht ab nach sachlichen und reiflichen Erwägungen, sondern nach Sentiments, die vom Redner ausgelöst werden. Der Beschluß einer Massenversammlung ist nie etwas anderes als ein Vertrauensvotum für den Redner, mit dem die Masse ausdrückt, daß sie ihm folgen will. Das Gefühl der Verantwortung, das einen jeden ernsthaft denkenden Menschen beherrscht, welcher sieht, daß ihm Massen folgen wollen, scheint den Leitern des Verbandes vollständig fernzulegen zu haben.

Wenn ich von den bemerklichen Mitteln sprach, die im Kampf gebraucht sind, so meine ich damit nicht die unerfreulichen Reueingestimmungen eines jeden Streiks, die Sabotage, die Verhöhnung der Arbeitswilligen usw.; brutale Menschen gibt es in allen Ständen. Gegenüber der Zahl der Streikenden ist die Zahl derjenigen, die sich nicht haben zügeln können, eine verhältnismäßig geringe. Im großen und ganzen waren die Formen, in denen die Streikenden selbst sich bewegten, nicht unangenehm. Das, was ich an den Kampfmitteln als bemerklich bezeichnen möchte, kommt nicht auf das Konto der Streikenden, sondern auf das Konto der Verhandlungsleitung, der „Volkszeitung“ und der sozialdemokratischen Partei. Bemerklich ist es, wenn man den Betrieb still legt und hinterher mit scheinheiliger Miene den Magistrat aufsucht, um den Zwangsmaßnahmen, die der Nachvertrag ihm gibt, Gebrauch zu machen. Bemerklich ist es, wenn fortgesetzt die Aufsichtsbehörde aufmerksam gemacht wird auf Unfälle, die während des Streiks im Straßenbahnbetrieb vorgekommen sind, obwohl die Zahl der Karambolagen während des Streiks prozentual sehr viel geringer waren als vor dem Streik, weil die auswärtigen Führer mit allergrößter Vorsicht und äußerst langsam fuhren, um Unfälle zu vermeiden. Wir hätten das Geschrei hören mögen, das die „Volkszeitung“ erhoben hätte, wenn die Verwaltung etwa die Mittel in Anwendung gebracht haben würde, die das Gesetz Eisenbahnverwaltungen gegenüber Streikenden zuerkennt, oder wenn die Verwaltung auch nur diejenigen Anzeigen wegen Unterschlagungsverdacht hätte erhalten wollen, zu denen sie befugt gewesen wäre. Bemerklich war es, wenn die „Volkszeitung“ die Arbeitswilligen mit ihrem Petier verhöhnte, obwohl sie wissen mußte, daß die Neueinstellungen genau aus denselben Preisen sammt und mit das alte Personal, unter dem sich ebenloger wie unter dem neuen Schneider, Schuhmacher, Kaufleute, Barbier, Friseur usw. befanden. Es ist auch nicht abzusehen, warum diese Gewerbe den Menschen unehrlich machen sollen. Es gibt aber kein Wort, das scharf genug ist, um das Vorgehen der „Volkszeitung“ gegen einen Angestellten zu beurteilen, dessen Vorleben einen kleinen Ratel aufweist und der sich redlich bemüht, diesen Ratel durch ein tadelloses Leben zu führen. Das ist allerdings nicht die Demokratie, die ich vertrete, sondern das ist brutale Barbarei.

Zwei Gedanken allgemeiner Natur sind es, die während der Streikzeit sich mir aufgedrängt haben: erstens, die gesetzliche Regelung des Koalitionsrechtes und zwei-

tens, die gesetzliche Regelung der Verantwortung der Leiter der Organisationen. Um mit dem letzten anzufangen: ich habe gesehen, wie die Organisationsleitung weder über die notwendige Gesetzeskenntnis verfügt, noch dasjenige Verantwortungsgefühl besitzt, das man billigerweise von einem jeden fordern muß, der das Schicksal von Hunderten und Tausenden in der Hand hat. Schutz der Arbeiter gegenüber einer unzulänglich vorgebildeten und leichtfertigen Organisationsleitung scheint mir mindestens ebenso erforderlich zu sein, wie der Arbeiterschutz gegenüber einer das Leben und die Gesundheit gefährdenden Ausbeutung durch die Arbeitgeber. Man wird verlangen müssen, daß jeder, der die Leitung einer Organisation übernehmen will, erstens durch ein völlige einwandfreies Vorleben die Gewähr dafür bietet, daß ihn das erforderliche Verantwortungsgefühl beherrscht, zweitens, daß er über die einschlägigen Gesetze informiert ist und drittens, daß er gegenüber den Mitgliedern der Organisation haftbar ist für alle Verschüsse, die er zur Ausführung bringt.

Der zweite Punkt, das Koalitionsrecht, wird einheitlich, aber nicht für alle Betriebe schematisch geregelt werden müssen. Ein Teil der Arbeiter untersteht heute der Gewerbeordnung, ein Teil dem Bürgerlichen Gesetzbuch und in Ergänzung dessen alten, noch nicht aufgehobenen Gesetzen; ein anderer Teil der Gewerbeordnung usw. Die Straßenbahnangestellten unterstehen ebenso wie die Eisenbahner nicht der Reichsgewerbeordnung; für sie wird vielmehr in Preußen der § 182 des Gesetzes vom 17. Januar 1845, der die Androhung der Einstellung der Arbeit bei Eisenbahnen mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Nun wird man ohne weiteres zugeben, daß die Bestrafung der Androhung der Arbeitseinstellung mit Gefängnis modernen Anschauungen zuwiderläuft; aber ebenso wird man zugeben, daß ein großer Unterschied besteht zwischen dem Betrieb einer Fabrik, bei der die Arbeitseinstellung die Interessen der Gesamtheit unberührt läßt und für die insolge dessen auch keinerlei Betriebspflicht besteht — der Betrieb einer Fabrik kann den Betrieb an jedem Tage einstellen, ohne daß die Behörde ihn zum Betriebe zwingen könnte; — und dem Betrieb öffentlicher Verkehrsmittel, wie Eisenbahnen und Kleinbahnen, zu denen auch Straßenbahnen gehören. Hier besteht die Betriebspflicht. Die Genehmigung zum Betriebe erteilt, wenn der Betrieb eingestellt wird. Auch hat die Aufsichtsbehörde das Recht, durch erhebliche Geldbußen den Unternehmer zum Betriebe anzuhalten. Mit andern Worten: Während jeder andere Unternehmer einem Streik mit der Ausprägung begeben kann, ist eine Ausprägung bei Eisenbahnen unmöglich. Dem Unternehmer einer Straßenbahn muß also in irgend einer Form die Sicherheit gegeben werden, daß die Angestellten ebenso die Kündigungsfristen einhalten müssen, wie er seinerseits diese beobachten muß. Man kann durch Kautelen sich gegen den Vertragsbruch schützen. Es scheint aber hier geboten zu sein, daß bei einer einheitlichen Regelung des Koalitionsrechtes auf den angebotenen Unterschied Rücksicht genommen wird. Bis jetzt hat man das Koalitionsrecht und die Struktur der Organisation sich ziemlich wild entwickeln lassen. Die Gesetzgebung steht noch in Anfängen. Dadurch sind Zustände gekommen, die unhaltbar sind. Man hat die Organisation in die Hand von Leuten kommen lassen, die gar nicht übersehen, was ein gefährliches Instrument ihnen anvertraut ist und die ungeschädelt von bannigen ziehen können, auch wenn sie hunderte von Familien ins Unglück gebracht haben. Man hat schließlich durch eine noch nicht ausgeübte Gesetzgebung allen Arbeitern das Gefühl beigebracht, daß sie berechtigt sind, in jedem Moment, auch unter Vertragsbruch, die Arbeit niederzuliegen, obwohl die einen, wie die Bauhandwerker und größtenteils auch die Fabrikarbeiter usw., ohne Kündigungsfrist für beide Teile eingestellt sind, während andere, je nach der Natur des Betriebes, mit längerer oder kürzerer Kündigungsfrist, und zwar nicht nur im Interesse des Unternehmers, sondern wesentlich auch im Interesse der Arbeitnehmer angenommen sind. Für einen Maurer ist es gleichgültig, ob er seine Ziegel auf diesem oder jenem Bau vermauert; ein Straßenbahner kann nicht ohne weiteres heute in dieser, morgen in jener Stadt fahren. Er muß erst die Eigenschaften der Straßen kennen lernen. Er ist in ganz anderem Maße an den Betrieb gefesselt und hat naturgemäß darum das Bedürfnis einer langen Kündigungsfrist. Das Drängen der Straßenbahnangestellten ist stets auf Verlängerung der Kündigungsfrist gegangen. Wird ihm diese aber ausgestellt, so müssen auf der anderen Seite auch dem Unternehmer Garantien gegeben werden, daß der Angestellte seinerseits die Kündigungsfrist beobachtet, und vor allem, es muß in das Bewußtsein des Arbeiters kommen, daß er in solchen Betrieben, die nicht stillgelegt werden dürfen, zur Vertragstreue verpflichtet ist.

Herbmanns Krieger.

Aus der Zuchtschrift geht hervor, daß dieser Streik eine völlige Veränderung der Haltung der Straßenbahnverwaltungen herbeigeführt hat. Die Verwaltungen verschiedener Straßenbahnen halfen der Königsberger Verwaltung in der Stellung von Personal aus und ermöglichten es derselben, auf diese Weise ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Dr. Krieger hält es für selbstverständlich, daß die Kö-

nigsberger Erfahrungen nunmehr allen anderen Straßenbahnen zugute kommen werden, d. h. daß ein Straßenbahnerstreik für die Verwaltung künftig jeden Schreden verloren habe. Dr. Krieger will aber aus diesem Vorgange noch eine weitere Anwendung gezogen wissen. Einmal wünscht er langfristige Kündigungsverhältnisse und unbedingte Vertragstreue. Es sollen alle zulässigen Mittel angewendet werden, die Vertragstreue durchzuführen, daß ohne Innehaltung der Kündigungsfrist im Straßenbahnbetriebe ein Streik nicht mehr möglich ist. Ferner will er die Arbeiter gelehrt wissen gegenüber einer unzulänglich vorgebildeten und leichtfertigen Organisationsleitung. Das scheint ihm mindestens ebenso erforderlich zu sein, wie der Arbeiterschutz gegenüber einer das Leben und die Gesundheit gefährdenden Ausbeutung. Wir haben natürlich den dringenden Wunsch, daß die Organisationsleiter sich immer der vollen Verantwortung ihrer Stellung bewußt bleiben. Die Leiter der Organisation dürfen nicht bloß an den agitatorischen Erfolg ihrer Maßnahmen denken, sondern vor allem daran, wie mit ihrem Vorgehen dem wirklichen Interesse der Arbeiter gedient wird. Indes müßte Herr Dr. Krieger doch noch etwas näher sich äußern darüber, wie er es sich vorstellt, daß man mit Sicherheit entsprechend vorgebildete und mit ausreichenden Kenntnissen versehene Führer an die Spitze der Arbeiterorganisationen bringt. Im ganzen genommen darf wohl anerkannt werden, daß durch die Erfahrungen Flug gemacht, die Führer der Arbeiterorganisationen sich der großen Verantwortung, die sie zu tragen haben, wohl bewußt sind. Ein Unklug ist es indes, daß manche der gewerkschaftlichen Führer die Agitationsmethoden der sozialdemokratischen Partei sich zu eigen machen und erst zuletzt an das wirkliche Interesse der Arbeiter denken. Die Hauptsache ist ihnen in vielen Fällen der rein agitatorische Erfolg. Wenn die Arbeiterbewegung sich frei machen könnte von jeder partei- oder kirchenpolitischen Bevormundung, dann würden auch ihre Führer ausnahmslos den nützlichsten Lebensweg einer beruflichen Organisation der Arbeiter ins Auge fassen. Denkende Arbeiter können aus solchen Vorgängen immer viel lernen; vor allem die Wahrheit unseres Wortes: die Arbeiterbewegung muß frei und unabhängig sein! Nicht das Interesse einer Partei und der agitatorische Erfolg, sondern das Interesse der Angestellten und Arbeiter muß Ziel und Richtschnur bleiben. Freilich, die Künste der Demagogen müßten dann verlagern. R. G.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 25. Juni 1912.

Die verschiedenen Gewerkschaften sollen sich gegenseitig mehr unterstützen, das ist der Mahnruf, der aus einer Zuchtschrift aus M.-Gladbach herausfließt. Es heißt darin, daß vor nicht allzulanger Zeit seitens des Gewerkschafts der Textilarbeiter die Bitte ausgesprochen wurde, ihn in der geplanten Agitation recht kräftig zu unterstützen. Material werde gern nach Bedarf zur Verfügung gestellt. Diese Bitte ist leider vielfach auf unfruchtbaren Boden gefallen. Es ist sogar vorgekommen, daß Rundschreiben an einzelne Ortsvereine und Ortsverbände unbeantwortet geblieben sind. Darüber wird mit Recht Klage geführt und der Wunsch ausgesprochen, noch jetzt das Veräumte nachzuholen. An vielen Orten wäre es möglich, mit Hilfe der andern Berufe einen Ortsverein der Textilarbeiter ins Leben zu rufen, wenn nur die nötigen Vorarbeiten geleistet und etwas Unterstützung geboten würde. Deshalb mögen die Gewerkschaftskollegen aller andern Berufe das Erühen nicht unberücksichtigt lassen, sondern den Textilarbeitern in der Agitation rege zur Seite stehen, wodurch ja auch nur die Gesamtbewegung gefördert werden kann. Aber gerade die Lage der Textilarbeiter ist so ungünstig, daß die Bestrebungen zur Organisation mit allen Kräften gefördert werden müssen. Der durchschnittliche Jahresverdienst, mit dem beutzutage die Textilarbeiter ihr Leben fristen müssen, liegt noch unter 900 Mark. Nicht von einem Leben, sondern nur von einem Begetieren kann da die Rede sein. Deshalb muß danach gestrebt werden, daß das Heer der Unorganisierten kleiner und kleiner wird, damit es möglich ist, bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Material für die Agitation wird vom Hauptortstand des Gewerkschaftsvereins der Textilarbeiter in Spremberg, Jägerstraße 6, auf Wunsch gern zur Verfügung gestellt.

Wir möchten diesen Appell noch einmal unterstreichen, aber gleichzeitig hinzufügen, daß nicht nur die übrigen Gewerkschaften dem Gewerkschaftsverein der Textilarbeiter in der Agitation beihilflich sein müssen, sondern daß überhaupt jeder Kollege darauf bedacht sein muß, an seinem Orte die Ortsvereine anderer Berufe zu unterstützen, und wo sie noch

nicht bestehen, ins Leben zu rufen. Der Grundgedanke der Deutschen Gewerksvereine: Einer für alle, und alle für einen! muß mehr als bisher betätigt werden. Dann wird es auch gelingen, unsere Bewegung schneller vorwärts zu bringen, um am Ende des Jahres mit einem stattlichen Mitgliederzuwachs im Gesamtverbande rechnen zu können.

Einen schweren Mißgriff hat sich der Präsident der Eisenbahndirektion Essen zuzuschulden kommen lassen. Wie die Tagespresse meldet, hat er einen technischen Beamten, der mit Privatdienstvertrag bei der Eisenbahndirektion angestellt ist, aufgefordert, aus seiner Organisation, dem Bunde der technisch-industriellen Beamten, auszutreten, widrigenfalls ihm gefündigt werden müsse. Der Beamte hat das Ansuchen, seine Koalitionsfreiheit aufzugeben, zurückgewiesen und sich mit einer Beschwerde an den Eisenbahnminister gewandt.

Offentlich sorgt Herr v. Breitenbach dafür, daß dem Präsidenten der Essener Eisenbahndirektion das Ungelegliche seiner Handlungsweise klar gemacht wird. Auch die in den staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten haben das Recht der Vereinigung mit ihren Standesgenossen. Zu beklagen ist nur, daß ein solches Recht von einem hochstehenden Beamten in dieser Weise überhaupt angefaßt werden konnte.

Arbeiterbewegung. Die Einigungsverhandlungen, die in Hannover zur Beilegung des Konflikts in der mitteldeutschen Metallindustrie geführt worden sind, haben zu keinem friedlichen Ende geführt. Sie sind vielmehr geplatzt, worauf in Hannover, in Halle a. S. und in Magdeburg die angeführte Ausberrung von 60 Prozent der Arbeiterkraft in sämtlichen dem Bunde Deutscher Metallindustrieller angehörenden Betrieben in Kraft getreten ist. Ob der Beschluß in vollem Umfange durchgeführt wurde, läßt sich im Augenblicke noch nicht übersehen. — In Rauenburg i. Pomm. ist eine Lohnbewegung der in unterm Gewerksverein der Bauhandwerker organisierten Dachdecker, Tischler und Hilfsarbeiter mit vollem Erfolge durchgeführt worden. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnzulage von durchschnittlich 60 Pfg. pro Tag bei 10-stündiger Arbeitszeit bringt. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie Invaldarbeitsarbeiten werden mit einem Aufschlage von 5-15 Pfg. pro Stunde vergütet. — Dagegen ist es zum Kampfe in Rummelsburg i. Pomm. gekommen. Die dortigen Unternehmer im Baugewerbe hatten es trotz günstiger Konjunktur abgelehnt, einen Tarifvertrag abzuschließen und verlangten von den Arbeitern, daß sie deswegen im Herbst noch einmal vorsprechen sollten. Auf dieses Anerbieten gingen letztere jedoch nicht ein, sondern die Maurer und Zimmerer beschloßen, am 24. Juni einmütig die Arbeit einzustellen. Die Mehrzahl der Streikenden am Orte nur noch rund 40 beträgt. — Die Lohnbewegung im Samburger Hafen ist so gut wie beendet. Auch die Schiffs- und Kesselreiniger haben dem verbesserten Tarifverträge zugestimmt; ferner nach kurzem Streik auch die Barkassenfahrer. Nur noch für einen Teil der Expeditionsarbeiter muß eine Verständigung herbeigeführt werden, was jedenfalls in kurzer Zeit erreicht werden wird. — Nach kurzem Kampfe haben die Maschinisten der Berlin-Stettiner Expres-Dampfschiffahrt einen Tarifvertrag erkämpft, der ihnen eine Regelung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse bringt. — Bei der Meederei von Zoos in Hamburg haben dagegen die Maschinisten und Setzer ihre Kündigung eingereicht. Falls die Firma bis zum 1. Juli keine Zugeständnisse auf die gestellten Forderungen macht, soll die Arbeit niedergelegt werden. — Unsere Annahme, daß die Bewegung der Berliner Eisenkonstruktionswerkstättenarbeiter einen friedlichen Abschluß finden werde, hat sich erfreulicherweise als richtig erwiesen. Sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer haben die von uns in voriger Nummer veröffentlichten Vereinbarungen angenommen, womit die Bewegung ihr Ende erreicht hat. — Auf dem Eisenhüttenwerk Thale sind wegen Ablehnung einer 10proz. Lohnerhöhung etwa 500 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Wom englischen Safenarbeiterstreik liegen Nachrichten, die auf eine Wendung der Dinge schließen lassen, nicht vor. Die Situation ist für die Arbeiter anscheinend nicht günstig. Trotzdem wird die Nachricht verbreitet, daß die Ablehnung der Forderungen der Arbeiter durch die Unternehmer zu einer Krise in der Schiffbauindustrie zu führen drohe, die sich in nächster Zeit zu einem nationalen Streik entwickeln könne. Es seien auf beiden Seiten die Kämpfungen zum Kampfe seit längerer Zeit vorbereitet. Kommt er zum Aus-

bruch, so würden sofort 50 000 Arbeiter davon betroffen. Später würde ihre Zahl sich auf eine halbe Million belaufen. — Die Bemühungen der französischen Regierung auf Beilegung des Seemannstreiks sind erfolglos geblieben. Während die Arbeiter nach langsam Ein und Her sich zur Annahme des Schiedsgerichts bereit erklärten, haben die Unternehmer es abgelehnt, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen. — In Christiania (Norwegen) standen seit längerer Zeit die Dampfschiffmaschinen im Kampf. Die eingeleiteten Einigungsverhandlungen haben nunmehr zur Einigung geführt, so daß der Ausstand beendet wurde. — In Vissabon streifen die Straßenbahner. Dabei ist es zu mehrfachen Zusammenstößen gekommen; auch Bomben wurden geworfen, durch die mehrere Personen getötet und verletzt wurden. — In Spanien droht ein Streik der Eisenbahner auszubrechen. Dieselben verlangen eine Lohnerhöhung von 25 Proz. — Auch auf der Insel Sardinien sind die Bahnanlagen eingestellt in den Ausstand getreten, weil ein in der Kammer eingebrachter Gesetzentwurf über die Forderungen und Behandlung des Personals der Privatbahnen den Wünschen der Angestellten nicht entspricht.

Waffenstillstand im christlichen Gewerkschaftstreit. Mehrere Wochen hat der Kampf zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen, Sitz Berlin, getobt, der durch die Wiedergabe einer päpstlichen Meinungsäußerung durch einen Vertreter der Berliner Richtung, Barrer Meyer, hervorgerufen war. Die päpstliche Autorität war von beiden Seiten zu ihren Gunsten mehrfach herangezogen worden. Dabei wurden die Auseinandersetzungen in einer Weise gepflogen, die alles andere war als christlich.

Wir haben uns in den Streit der beiden Richtungen nicht eingemischt, sondern lediglich kurz die markantesten Tatsachen registriert. Die christlichen Gewerkschaften haben den schweren Schlag, der ihnen zuerst verheißt worden ist, so gut wie es geht, abzuwehren verstanden. Die Berliner Richtung hat dabei keine Zeide gewonnen. Aber auch den Christlichen brachte die Preishebe keinen Vorteil, und so haben sich denn nicht allein die deutschen Bischöfe ins Mittel gelegt, sondern auch der Papst hat ein Machtwort gesprochen und den feindseligen Brüdern den Rat erteilt, endlich die Streitart zu begraben und Frieden zu halten. Die Mahnung ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Nur hin und wieder weiterleuchtet es noch einmal; im ganzen ist es still geworden in dem beteiligten Wälderwald.

Damit allerdings ist der Streit zwischen den beiden Richtungen nicht endgültig aus der Welt geschafft. Er wird bei der ersten besten Gelegenheit von neuem zum Ausbruch kommen. Wir haben selbstverständlich von all den Vorgängen genau Notiz genommen. Sind sie doch von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und zeigen sie doch auch andererseits mit aller Deutlichkeit — wir haben das schon bei einer früheren Gelegenheit hervorgehoben — wie gefährlich für eine wirtschaftliche Organisation das Sineintragen kirchlicher oder religiöser Fragen werden kann.

Mit der Laterne suchen unsere Gegner darnach, den Gewerksvereinen etwas am Zeuge fischen zu können. Christliche Blätter weisen in gesperzten Lettern darauf hin, daß ein ehemaliger Gewerksvereiner, der im übrigen nur ganz kurze Zeit bei uns organisiert war und dann Sozialdemokrat wurde, nämlich der Arbeitersekretär Thomas aus Heidelberg, in einer Verammlungen erklärt haben soll: „Sowohl, wir wollen die Industrie schädigen, weil wir nur so unser Ziel zu erreichen vermögen.“ Es ist nicht recht einzusehen, warum dieser Hinweis auf die ehemalige Mitgliedschaft im Gewerksverein in gesperzten Lettern gedruckt wird. Wenn der Sozialdemokrat Thomas wirklich jene hirnerbrannte Idee vertritt, daß man die Industrie ruinieren müsse, um die Utopien der Sozialdemokratie verwirklichen zu können, dann wird dafür wohl kaum seine eigene Partei die Verantwortung übernehmen können. Und geht das jedenfalls gar nichts an! Auch konservative Blätter haben diesen Vorgang erwähnt, ohne in jedem Falle auf die ehemalige Gewerksvereinszugehörigkeit hinzuweisen. Dem „Dresdener Anzeiger“ passierte dabei das Wahrer, einen ähnlichen Vorgang, den er im Zusammenhang mit dem Fall Thomas vorträgt, ganz und gar falsch zu verstehen. Da hat der englische Sozialdemokrat Frv in auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei, man könnte besser sagen „Parteienden“, in Manchester erklärt: „Ich bin nicht um das Wohlergehen der Arbeiterpartei besorgt, sondern um den Vorteil unserer eigenen Partei.“ Die englische Arbeiterpartei besteht fast durchweg aus Liberalen getriebenen Arbeitern. Irving verstand also nicht unter Arbeiter-

partei die Arbeiter überhaupt, sondern die politische, sich als Arbeiterpartei bezeichnende Fraktion im englischen Unterhause. Dieser liberalen Arbeiterpartei gegenüber wollte Irving betonen, daß er mehr bedacht sei auf den Vorteil der eigenen sozialdemokratischen als der liberalen Arbeiterpartei.

Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher bedeutet die Maireier, wie der Verlauf der Anfang dieses Monats in Köln abgehaltenen Hauptversammlung des Arbeitgeberverbands für das deutsche Holzgewerbe von neuem zeigt. Interessant ist schon die Tatsache, daß diese Organisation, die vor 10 Jahren mit 17 Verbänden gegründet wurde, heute 134 Verbände mit 61 000 beschäftigten Arbeitern zählt. Eine eingehende Ansprache geigte die Frage der Maifeier. Bereits auf der vorjährigen Versammlung war beschlossen worden, die diesjährigen Arbeiter, die am 1. Mai feiern, auf 3 Tage auszuiperrn. Nach den eingegangenen Berichten kamen in Berlin 10 000, in Leipzig 3000, in Bremen 1300 und in Königsberg 800 Mannstage in Betracht. In diesem Jahre wurde von Leipzig aus der Antrag gestellt, daß für jeden durch die Arbeitseinstellung ausfallenden Arbeitstag sowie für jeden angemeldeten und bis zum 1. Mai beschäftigt gewesenem Gesellen oder Arbeiter über 18 Jahre der Betrag von 1 Mk. als Entschädigungssatz gezahlt würde. Außerdem sollen Verbandsmitglieder solche Arbeiter, die bei anderen Mitgliedern am 1. Mai gefeiert haben, nicht vor Ablauf von 6 Wochen einstellen dürfen. Ein Beschluß über diesen Antrag wurde zwar nicht gefaßt, weil dieser Antrag für den 1. Mai 1913 gelten soll, der auf den Stimmelfahrtstag fällt. Jedenfalls aber zeigt der Geist, der auf dieser Arbeitbertagung herrschte, daß auch so nutzlosen Demonstrationen, wie es die Maifeier ist, den Arbeitern nicht nur keine Vorteile ermahnen, sondern daß man damit den Scharfmachern nur Gelegenheit gibt, ihr Mißtrauen an den Arbeitern zu füttern.

Arbeiter als Armenpfleger. In England sind Arbeiter in der öffentlichen Armenpflege schon seit vielen Jahren tätig und üben nach den Berichten des Generalinspektors nicht nur einen günstigen Einfluß aus, sondern verbreiten zugleich das Interesse an den Fragen der Gemeindeverwaltung. Ihrer ganzen Herkunft und ihren Gewohnheiten nach stehen sie den Bedürfnissen und Anschauungen der Armen viel näher als die Armenpfleger aus anderen Schichten der Gesellschaft. In Deutschland dagegen haben Tradition, Gleichgültigkeit, Vorurteile und andere Momente, wie wir bereits ausführlich in einem Artikel unserer Nr. 90 des vorigen Jahrgangs dargelegt haben, dem Arbeiter den Weg zur Armenpflege leider fast überall verberbt. Die Stadtverwaltungen haben sich noch nicht daran gewöhnen können, den Arbeiter als einen gleichberechtigten und gleichwertigen Mitarbeiter am sozialen Werke teilnehmen zu lassen. Dabei sind in Deutschland überall, wo man einen Versuch mit Arbeitern gemacht hat, nur die besten Erfolge zu verzeichnen gewesen. Bei einer Umfrage, die unserm oben-erwähnten Artikel als Grundlage diente, sind nicht nur Worte der Anerkennung, sondern sogar oft des lebhaftesten Lobes gefallen. Genaue Kenntnis und Beurteilung der Lebensverhältnisse der Armen, Unparteilichkeit, erzieherische Laftkraft und emsige Tätigkeit: diese vier Punkte, die schließlich die Vorbedingungen für eine gründliche Durchführung der Armenpflege sind, werden besonders hervorgehoben. Selbst der Haupteinwand, daß der Arbeiter keinen entsprechenden Empfangsraum und nicht genügend freie Zeit habe, hat sich als völlig haltlos erwiesen. Im Gegenteil, die Arbeiter haben mehr Zeit für ihr Ehrenamt gefunden als mancher vielbeschäftigte Pfleger aus den sogenannten höheren Kreisen, und sie haben selbst den Sonntag bei ihrer pflegerischen Tätigkeit nicht geschont. Ein Armer weiß den Helfer, der ihm wirklich zu dienen versteht, sehr leicht zu finden. Er geht auch lieber in das schlichte Arbeiterheim als in ein vornehmes Empfangszimmer, das mit eleganten Möbeln ausgestattet ist.

Bei aller sonstigen Anerkennung bedarf das Armenwesen einer Auffrischung sehr dringend. Es besteht immer ein Mangel an hingebungsollenen Pflegern. Dem kann leicht durch die Erziehung von Arbeitern, die dazu Lust und Liebe haben, abgeholfen werden. Dieselben Vorurteile wie gegen die Arbeiter bestehen ja auch gegen die Mitarbeiter der Frauen. Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, immer und immer wieder an den Ausbau der Armenpflege zu erinnern, der am besten und wirksamsten erfolgen kann durch die Heranziehung von Arbeitern. Außerdem wird dadurch auch noch ein zweiter Vorteil geschaffen, nämlich der, daß man auch in sozialer Beziehung endlich anfängt, den Arbeitern die Gleichberechtigung durch die Tat zu gewähren. Die bisher doch eigentlich nur auf dem Papiere existiert.

